

Thesenpapier zu Teil III

von Dr. Heinz Timmermann
Stiftung Wissenschaft und Politik (ext.)
(20. März 2004)

Von Visionen zu Aktionen: Rahmen und Politikfelder für europäisch-russische Zusammenarbeit und Partnerschaft

Aspekte der Partnerschaft

1. Die anvisierte strategische Partnerschaft EU-Russland gründet auf parallelen und komplementären Interessen. Stichworte sind u.a.: die EU als wichtigster Modernisierungspartner für Russland und Russland als potenziell leistungsfähiger Handelspartner für die EU; Perspektiven einer Energiepartnerschaft auf den Feldern Erdgas, Erdöl und Elektrizität; Kooperation im Bereich traditioneller und nichttraditioneller Sicherheit; Abwehr drohender ökologischer Gefahren. Langfristiges Ziel ist nach den Vorstellungen der Partner, auf den genannten und weiteren Feldern „Gesamteuropäische Räume“ zu bilden und damit einer Vertiefung schon heute vorhandener Trenngräben entgegenzuwirken.
2. Trotz einer – mit dem Partnerschaftsvertrag von 1997 untermauerten – Verdichtung der Beziehungen haben sich die Erwartungen beider Seiten auf relevante Fortschritte in der Substanz bisher jedoch nur teilweise erfüllt, zeichnen sich in jüngster Zeit sogar wachsende Differenzen ab. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zu den *objektiven* Ursachen zählen die Asymmetrien in den politischen Systemen, in Wirtschaftskraft und Wirtschaftsordnung sowie in den Anforderungen zu wechselseitiger Anpassung. Für Russland bedeutet die Verdichtung der Beziehungen vorrangig Anpassung im Innern an europäische Standards und Normen. Dies ist ungleich schwieriger als die verstärkte Einbeziehung Russlands in die gesamteuropäischen Prozesse, die sich die EU zur Aufgabe stellt. Zu den *subjektiven* Ursachen zählt vor allem ein unterschiedliches Verständnis von Partnerschaft. Für Russland und seine Interessen gilt die EU vorrangig als wirtschaftlicher Modernisierungspartner. Das Land sieht sich zwar als integralen Bestandteil Gesamteuropas, ist aber zugleich entschlossen, an eigenen überkommenen Werten festzuhalten. Die EU lässt sich zwar auch von konkreten Interessen leiten, verbindet diese aber mit der Erwartung an Moskau, seine Politik auf gemeinsame demokratische Werte zu gründen. Der Grad des russischen Bezugs auf europäische Werte bestimmt aus ihrer Sicht ganz wesentlich Art und Qualität der Partnerschaft.
3. So sehr die EU nach den Turbulenzen der späten Jelzin-Phase Stabilisierung in Russland und Konsolidierung seiner Zentralmacht begrüßt, so besorgt beobachtet sie zugleich deren negative Tendenzen. Gemeint ist der Übergang von der fragilen Demokratie hin zu einem staatsmachtfixierten Autoritarismus im Zeichen der präsidentialen Machtvertikale, hin zu einer „gelenkten Demokratie“ – ein Begriff, der inzwischen sogar in den offiziellen Sprachgebrauch der Exekutive eingegangen ist. Wird von der gelenkten Demokratie nur

die Lenkung übrigbleiben? Die Stabilität wird auf Kosten demokratischer Entwicklungen erzielt – perspektivisch vielleicht auch in Richtung einer von Geheimdienstlern und Staatsbeamten gelenkten Wirtschaft? Zwar sind die Institutionen der Demokratie formal noch vorhanden, doch werden sie de facto ihres Inhalts beraubt. Symptome für solche Entwicklungen sind: die faktische Ausschaltung der Legislative (Staatsduma und zuvor bereits Föderationsrat) aus den Prozessen von Meinungsbildung und Entscheidung, das Vordringen der Vertreter der Machtorgane (Silowiki) in sämtliche Poren staatlicher Strukturen, das Zurückdrängen unabhängiger Medien und zivilgesellschaftlicher Organisationen.

4. In der EU stoßen solche Tendenzen aus zwei Gründen auf Kritik. Zum einen widersprechen sie zentralen Prinzipien von Demokratie und Menschenrechten, wie sie Russland in bilateralen Verträgen wie dem Partnerschaftsvertrag, aber auch mit seinem Beitritt zu europäischen Organisationen wie OSZE und Europarat für sich anerkannt hat. Zum andern beziehen sich die Zweifel auf folgende Frage: Können *Berechenbarkeit, Effizienz und Transparenz* durch eine Variante von Stabilität gewährleistet werden, bei der die Exekutive weder durch ein funktionierendes Rechtswesen noch durch eine demokratische Öffentlichkeit wirksam kontrolliert wird und bei der gesellschaftliche Artikulation eher als Stabilitätsrisiko gilt? Modernisierung, Leistungsfähigkeit und Dynamik als Voraussetzung für die Stärke des Staates erfordern Pluralismus, Kontrolle und institutionell abgesicherte zivilgesellschaftliche Beteiligung. Hier steht die EU vor einem schwierigen Problem. Putin wurde von über 70 Prozent der Wähler in seinem Amt bestätigt, und auch ohne Manipulation und umfassenden Einsatz „administrativer Ressourcen“ hätte er voraussichtlich eine Mehrheit gefunden. Wenn nun Putin mit allen Attributen des Autoritarismus unter den Menschen in Russland auf breite Zustimmung stößt – liegt hierin nicht eine Legitimierung seines Systems, der die europäischen Partner nur schwer widersprechen können?
5. Vor diesem Hintergrund hat die EU eine Überprüfung ihrer Russlandpolitik eingeleitet. Dabei nimmt sie Abschied von ursprünglich hochgesteckten Wünschen und Erwartungen, die beide Seiten weder erfüllen wollen noch erfüllen können. Zugleich geht sie aber auch weiterhin von einer grundsätzlichen Offenheit der inneren Entwicklungen in Russland sowie davon aus, dass diese – wenn auch nur begrenzt – von außen beeinflussbar sind. Wie könnte die EU ihre Russlandstrategie unter sich wandelnden Bedingungen gestalten?

Grundwerte und demokratische Prinzipien

6. Auch in Zukunft sollte die EU Russland gegenüber deutlich machen, dass Demokratie und Fortschritte bei der Orientierung an gemeinsamen Werten und entsprechenden Ordnungsvorstellungen für sie prinzipiellen Rang haben. Zu Recht geht sie dabei von der Annahme aus, dass Russland eine demokratische Entwicklung nehmen *kann* und nicht historisch zu autoritär-diktatorischen Verhaltensweisen verdammt ist. Zugleich sollten die Akzente jedoch breiter, d.h. auf *umfassende* Modernisierung gesetzt werden, zumal damit psychologisch problematische Belehrungseffekte minimiert würden. Der Akzent auf Modernisierung könnte deutlich machen, dass diese nur dann gelingen kann, wenn sich Russland zugleich demokratisiert. Gemeint sind hier insbesondere Kontrolle und Transparenz im politischen und wirtschaftlichen Leben, aber auch beim reformresistenten Militär. Dies würde zugleich die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Europäern stimulieren, die auch weiterhin von Bürokratenwillkür, Korruption und altem Denken behindert wird.

7. Vor diesem Hintergrund sollte verstärkt der Elitenwandel im nichtstaatlichen Sektor gefördert werden – in Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Die Vermittlung von technischem Know-how reicht nicht aus, sie führt nicht notwendig zu demokratischem Wandel. In der russischen Gesellschaft und besonders unter den jüngeren Generationen muss eine „kritische Masse“ (Bomsdorf) entstehen, die sich von fortwirkenden traditionellen Mythen emanzipiert und die Partnerschaft auf europäische Werte und Prinzipien gründet.
8. Das Tschetschenien-Desaster muss von der EU deutlicher als bisher angesprochen werden – die undifferenzierte russische Version, wonach es sich hier unterschiedslos um Segmente des internationalen Terrorismus handelt, ist zurückzuweisen. Der Krieg belastet nicht nur die EU-Russland-Beziehungen, sondern vergiftet in seinen verrohenden Folgen auch die Gesellschaft Russlands selbst (ganz ähnlich wie zuvor der Afghanistan-Krieg). Eine politische Regelung kann nur unter Einbeziehung gemäßigter Gruppen aus dem Rebellenlager erreicht werden. Die EU könnte Russland anbieten, mit ESVP-Zivilkräften, die das Vertrauen aller am Tschetschenienkrieg beteiligten Seiten genießen, zur Lösung des Konflikts beizutragen.
9. Die gemeinsame Aufarbeitung der Vergangenheit steckt bisher in den Anfängen, bildet aber einen wichtigen Aspekt für vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Zukunft. Nach dem Vorbild des jüngst gegründeten Deutschen Historischen Instituts in Moskau wäre zu überlegen, eine entsprechende, von der EU getragene Einrichtung zur Erforschung der Geschichte der Beziehungen zwischen Russland (der Sowjetunion) und dem restlichen europäischen Kontinent mit seinen verschiedenen nationalen Komponenten zu installieren.

Funktionale Zusammenarbeit

10. Die Bildung des Gemeinsamen Wirtschaftsraums mit seinen vier Freiheiten ist vorerst eher als ein „politisches Signal der EU für ein größeres Europa denn als ein taugliches wirtschaftspolitisches Integrationsinstrument“ zu werten (Rosengarten). Von Russland fordert sie erhebliche Anstrengungen zur Anpassung an wesentliche Teile das *acquis*, die – sofern Russland es wünscht – von der EU unterstützt werden sollten. Probleme gibt es auch bei Russlands angestrebtem Beitritt zur WTO, zumal die EU ihre Zustimmung an die Forderung bindet, die inländischen Energiepreise stufenweise auf Weltniveau anzuheben. Hier könnte die EU eine gespaltene Lösung vorschlagen: Die Preisanpassung bezieht sich vor allem auf die im europäischen Wettbewerb stehenden Großunternehmen und gilt nur begrenzt für soziale Einrichtungen wie Privathaushalte, Schulen, Krankenhäuser. Frische Impulse könnte die Vision des Gemeinsamen Wirtschaftsraums schließlich dann erhalten, wenn sich Russland entschließen würde, die wechselseitigen Handels-, Finanz- und Investitionsgeschäfte zunehmend in Euro statt in Dollar abzuwickeln. Die EU sollte solche Umstellungsprozesse fördern und Russland, falls erwünscht, technische Hilfe zukommen lassen.
11. Als Motor für die anvisierte Partnerschaft EU-Russland gilt der Energiedialog in den Bereichen Erdgas, Erdöl und Elektrizität. Hier sind die Interessen komplementär: Russland besitzt die Rohstoffe und benötigt Erschließungs- und Modernisierungsinvestitionen, Europa verfügt über Kapital für Technologietransfer und benötigt seinerseits zusätzliche Energieträger. Dennoch ist es trotz intensiver Verhandlungen bislang nicht zu weitgreifenden konkreten Abmachungen gekommen. Die Ursachen hierfür liegen in Unsicherheiten über Production-Sharing-Abkommen sowie vor allem in der Weigerung Russlands, die Energiecharta zu unterzeichnen, die die Nutzung des russischen Pipeline-

Netzes liberalisiert und damit auch ausländischen Unternehmen Zugang zu ihnen verschafft. Kompromissgeleitete Regelungen sind hier nur schwer zu erreichen, da beide Seiten unterschiedliche Interessen und Konzeptionen ins Feld führen. Russland sieht die Leitungssysteme eher unter geopolitischen und geostrategischen Aspekten und besteht auf maßgeblichem Staatseinfluss. Deutlich wurde dies in der Affäre um Chodorkowskij: Er fällt seine Entscheidungen zu Investitionen unter Beteiligung auch ausländischer Partner, ohne sich zuvor mit staatlichen Instanzen abzustimmen. Die EU dagegen plädiert für marktwirtschaftlich geprägte Liberalisierung und Privatisierung der Pipeline-Systeme – nicht zuletzt mit dem Ziel, durch Diversifizierung einseitige Abhängigkeiten in der Energieversorgung zu vermeiden. Gute Perspektiven bietet dagegen das Angebot Russlands zur Bildung eines Stromverbundes. Es sollte daher von der EU aufgegriffen werden – unter der Voraussetzung, dass konstruktive Regelungen zur Reziprozität des Marktzugangs, zum Umweltschutz und zur nuklearen Sicherheit gefunden werden. Schließlich sollten die Gespräche über Effizienz und Einsparung von Energie intensiviert werden – Felder, auf denen Russland starken Nachholbedarf hat und die EU große Erfahrungen aufweist.

12. Stärker fördern sollte die EU den Ausbau von kleinen und mittleren Unternehmen (KUM) im Hochtechnologiesektor, im Dienstleistungswesen, in den konsumnahen Industrien. Dies würde zur Wohlstandssteigerung und zur Schaffung stabilisierender Mittelschichten mit seinen positiven Auswirkungen auf gesellschaftliche Differenzierung beitragen. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Europäische Investitionsbank (EIB) und andere westliche Geberorganisationen könnten hierzu größere Beiträge leisten.
13. Konsequenter fortgeführt werden sollten konkrete Projekte zum Ausbau leistungsfähiger transeuropäischer Verkehrs- und Telekommunikationsverbindungen, darunter der Bau einer Autobahn und einer Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecke Paris-Berlin-Warschau-Minsk-Moskau. Sie könnten verzahnt werden mit jüngsten Plänen der Bahnverwaltungen aus Russland, Polen, Belarus und Berlin, den Personen- und Güterverkehr Berlin-Moskau zu beschleunigen. Für Eliten und Bevölkerung Russlands wäre dies ein sichtbares Signal dafür, dass die EU Russland nicht peripherisieren, sondern in den gesamteuropäischen Raum integrieren will. Die meisten Auslandsbesucher Russlands zieht es nach Europa – sei es aus touristischen, geschäftlichen oder verwandtschaftlichen Gründen.
14. In Russland und hier besonders in seinem Nordwesten wachsen Interesse und Engagement für regionale Kooperation. Konzept und Wirklichkeit des „Europa der Regionen“ finden zunehmend Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund könnte Brüssel den EU-Ausschuss der Regionen für interessierte russische Föderationssubjekte öffnen und sie durch Verleihung des Beobachterstatus stärker mit den regionalen Netzwerken der EU verklammern.
15. Nach anfänglicher Zurückhaltung zeigt Russland starkes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der im Aufbau befindlichen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Beide Seiten kamen überein, ihre Kooperation im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee zu institutionalisieren. Bereits im Vorfeld von Krisen sollten Konsultationen mit Moskau eingeleitet werden, um über Möglichkeiten einer Beteiligung Russlands an EU-geführten Operationen zur Krisenbewältigung zu beraten. Russland hat angeboten, mit Kriegsmaterial dort auszuhelfen, wo die Union über nur unzureichende Kapazitäten verfügt: Transportflugzeuge, Satellitenkommunikation, Aufklärung. Im Hinblick auf eine Institutionalisierung der Kooperation gibt es offenbar Vor-

überlegungen, analog zum 20-er Rat der NATO einen EU-Russland-Sicherheitsrat zu bilden, der Russland beispielsweise in bestimmten Bereichen der Petersberg-Aufgaben Mitentscheidungsrechte einräumt. So jedenfalls sieht es Berichten zufolge ein deutsch-französisches Non-paper vom März dieses Jahres vor. Dieses Gremium könnte sich auf die Erfahrungen des 2002 gegründeten französisch-russischen Rats für Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen stützen. Auf seiner dritten, von den Außen- und Verteidigungsministern beider Seiten geleiteten Sitzung wurde über einen breiten Themenkreis beraten, zu dem die Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Aspekte der europäischen Sicherheit sowie regionale Probleme wie Iran, Libyen und Nordkorea gehörten.

16. Auf ihrem Petersburger Gipfel vom Mai 2003 haben die EU und Russland beschlossen, den jährlich tagenden Kooperationsrat des Partnerschaftsvertrags durch einen flexiblen Ständigen Partnerschaftsrat zu ersetzen. Seine Aufgabe ist es, spezifische funktionale Felder gemeinsamen Interesses zu identifizieren sowie dazu die Vertreter einschlägiger Ressorts beider Seiten zusammenzuführen. Auf dieser Grundlage könnte an Stelle der Gemeinsamen Strategie der EU von 1999 ein Aktionsplan entwickelt werden, der gegenseitig abgestimmte Prioritäten aus dem Bereich der vier Gesamteuropäischen Räume festlegt – in ihren Zielen, Maßstäben und Zeitplänen sowie in den Mechanismen zur laufenden Beobachtung. Anders als die eher rhetorische und substanzarme Gemeinsame Strategie läge der Vorteil eines solchen Aktionsplans darin, dass er von den Partnern *gemeinsam* erarbeitet wird und die Möglichkeit bietet, Fortschritte in den Schlüsselbereichen der Zusammenarbeit an vereinbarten Zielen zu messen.
17. Die Erweiterung der EU nach Osten wird von Russland grundsätzlich akzeptiert und sogar als „natürlicher Prozess“ gewertet. Zugleich wird jedoch auf damit verbundene Verluste im Handel mit den Beitrittskandidaten verwiesen, werden entsprechende Kompensationen gefordert, wird für den Fall einer negativen EU-Reaktion sogar mit der Aufkündigung des Partnerschaftsabkommens gedroht. In den laufenden Expertengesprächen sollte die EU flexibel reagieren und mittels Bilanzierung der Russland entstehenden materiellen Vor- und Nachteile eine auch für Moskau akzeptable Regelung suchen. Verwiesen werden könnte dabei auf die Tatsache, dass das Handelsvolumen Russlands mit Finnland seit dem EU-Beitritt Helsinkis 1995 nicht etwa gefallen, sondern im Gegenteil stark gestiegen ist. Eine Verknüpfung von wirtschaftlichen und politischen Aspekten, wie sie in der sachfremden Forderung des russischen Kompensationskatalogs nach Statusverbesserung für die russischen Minderheiten in Lettland und Estland vorgenommen wird, sollte jedoch nicht akzeptiert werden.

Probleme für eine Vertiefung der Partnerschaft

Sieht man von früheren Sowjetrepubliken wie Ukraine, Belarus und Kasachstan ab, so sind die Beziehungen Russlands zur EU die dichtesten und vielgestaltigsten, die das Land weltweit unterhält. Auf einer Reihe von Feldern reicht die Zusammenarbeit inzwischen weit über bloße Kooperation hinaus und hat auch im Falle ursprünglich scharf divergierender Positionen konstruktive Lösungen möglich gemacht. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür ist die Regelung des Personentransits zwischen dem russischen Kernland und seiner Exklave Kaliningrad vom November 2002. Sie sollte beiden Seiten als Ansporn für die Suche nach Kompromiss und Verständigung auch auf anderen Gebieten dienen. Zugleich besteht für die EU jedoch Anlass, ihre Russlandstrategie zu überdenken und daraus entsprechende Schlüsse zu ziehen. Dies bezieht sich u.a. auf folgende Punkte:

- Russland will seine volle Handlungsfreiheit nach außen und *nach innen* wahren und erklärt daher jegliche Kritik aus dem Ausland an seinen inneren Verhältnissen für unzulässig. Diese Position findet ihren Ausdruck in der breiten patriotischen Welle, von der Putin getragen wird. Nach dem Durchmarsch von Konservativen und „Nationalpatrioten“ bei den Staatsdumawahlen wird sie vermutlich noch deutlicher vorgetragen. Dies provoziert zu der Frage: Werden die nationalpatriotischen Wogen so hoch gehen, dass sie der Herausbildung einer umfassenden, auf gemeinsamen Werten beruhenden strategischen Partnerschaft deutliche Grenzen setzen?
- Die Vorstellung von „Russlands Größe“ als einigendem Band gewinnt an Boden. Im Zeichen eines zur Staatsideologie erhobenen großrussischen Nationalismus versteht sich Russland als *eigenständige* Großmacht mit entsprechenden Einflussphären insbesondere im GUS-Raum. Daher hat Russland seine GUS-Politik deutlich aktiviert, sichtbar insbesondere in der Bildung des „Einheitlichen Wirtschaftsraums“ Russland/Ukraine/Belarus/Kasachstan vom September 2003. Die Partnerschaft mit der EU und die Zusammenarbeit in diesem Raum setzt für Moskau die Anerkennung des russischen Anspruchs auf Dominanz in dieser Region voraus (Mittelfristige Strategie Russlands gegenüber der EU). Gelegentlich wird sogar auf eine „Mission Russlands im 21. Jahrhundert“ sowie auf die Absicht verwiesen, in der Tradition früherer Reichsbildungen in diesem Raum ein „liberales Imperium“ aufzubauen. Eine solche Rolle falle Russland „natürlich und organisch“ zu, wobei heute als Macht- und Herrschaftsinstrumente eher wirtschaftliche Durchdringung als militärischer Druck eingesetzt würden.
- Für die EU ist eine solche Position – Moskau als Tor zu den GUS-Staaten – nicht akzeptabel. Brüssel zeigt kein Interesse an einer Integrationskonkurrenz EU-Russland mit seinem latenten Konfliktpotenzial, ist aber auch nicht bereit, die Neuen Nachbarn Ukraine, Belarus und Moldova als abhängige Variablen ihrer Partnerschaft mit Russland einzustufen. Vielmehr betrachtet sie die Neuen Nachbarn als unabhängige Staaten, in je spezifischer Weise und als Ergebnis freier Wahlen offen nach Ost *und* West. In diesem Kontext könnte die ins Auge gefasste enge Zusammenarbeit mit der ESVP einen ersten Test bestehen, beispielsweise im Rahmen von Bemühungen um eine gemeinsame Regelung für „eingefrorene Konflikte“ in Moldova und Georgien. Auch sollte die EU Russland verstärkt auffordern, im Zeichen der Partnerschaft demokratischen Wandel in Belarus zu fördern. Das unberechenbare, reformresistente Lukaschenko-Regime untergräbt Zusammenarbeit, Berechenbarkeit und Vertrauensbildung in Gesamteuropa. Jüngstes Indiz hierfür ist die von Lukaschenko provozierte Unterbrechung der Gaslieferung von Russland nach Europa (und Kaliningrad) über belarussisches Territorium. Dies war das erste Mal, dass die Energiezufuhr aus politischen Gründen gestoppt wurde – nicht einmal in zugespitzten Phasen des Kalten Krieges wie der Afghanistan-Kampagne hatte es so etwas gegeben.
- Vor diesem Hintergrund gewinnen in Russland autoritäre Tendenzen an Boden – Tendenzen, die für Russland einen eigenen Weg anvisieren. „Russland wird zwar demokratische und marktwirtschaftliche Institutionen haben, doch die Gewaltenteilung wird eher dekorativen Charakter tragen. Das ‚nichtformale‘ Recht wird weiterhin über dem formalen Recht stehen. Der Anteil des ‚Beamten- Unternehmertums‘ und der Grad einer staatlichen Regulierung der Wirtschaft wird hoch bleiben“ (Nikonow). Solche Perspektiven sind geeignet, mit den Prinzipien enger Partnerschaft zu kollidieren und Ansätzen zu einem demokratischen Grundkonsens den Boden zu entziehen. Die EU sollte Russland kritisch die negativen Konsequenzen eines autoritären Sonderwegs für die Partnerschaft vor Augen führen, und zwar nicht wie die USA je nach politischer Konjunktur, sondern von prinzipiellen Positionen aus kontinuierlich und in offener Aussprache.

- In diesem Kontext erleben unter hochrangigen russischen Politikern Vorstellungen von einer Peredyschka, einer Atempause, ihre Renaissance. Angestrebt wird dabei in den internationalen Beziehungen die Sicherung einer strategischen Atempause für Russland solange, bis das geschwächte Land wieder Kräfte gesammelt hat und aus starker Position heraus seine spezifischen Interessen kraftvoll vertreten kann. Wer seine Gegner nicht durch k.o. besiegen könne, müsse beharrlich manövrieren und Punkte sammeln – so Margelow, der Vorsitzende des Ausschusses für internationale Beziehungen im Föderationsrat. Die Wiederbelebung solcher aus Sowjetzeiten überkommener Positionen muss bei den Europäern Misstrauen wecken, insbesondere unter den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern mit ihren spezifischen historischen Erfahrungen.

Fragen an den russischen Partner

So werfen nicht erst Umfeld und Ergebnisse der jüngsten Wahlen eine Reihe ernster, für die Implementierung des Partnerschaftsvertrags EU-Russland vitaler Fragen auf, darunter die folgenden:

- Ist das Experiment der Etablierung von Rechtsstaat und Demokratie europäischer Prägung in Russland gescheitert, wie westliche Politiker und Wissenschaftler analysieren? Oder erfordert die innere Stabilisierung lediglich eine vorübergehende Einschränkung europäischer Grundwerte und Prinzipien, damit sie nach vollzogener Konsolidierung um so erfolgreicher zum Durchbruch gelangen? Sind die Versprechungen Putins in seiner Dankesrede an die Wähler ernst zu nehmen, „alle demokratischen Errungenschaften unseres Volkes zu garantieren, das Mehrparteiensystem und die Zivilgesellschaft zu stärken und alles zu tun, um die Pressefreiheit zu erhalten“? Oder wird der Linksnationalist und Mitbewerber Glasjew mit seiner Prophezeiung recht behalten: „Bis 2008 wird die Macht den politischen Raum so zubetonieren, dass nichts Lebendiges mehr nachwachsen wird“?
- Wird ein autoritär geprägtes politisches System durch verstärkten Staatsinterventionismus auch die Wirtschaftsordnung negativ beeinflussen? Oder wird die Staatsmacht umgekehrt für eine bestimmte Periode einen zuverlässigen Rahmen für die *Entfaltung* der Wirtschaft bereitstellen, wie es zuvor ähnlich in Taiwan, Südkorea oder Chile geschah?
- Wird ein autoritär geprägtes nationalpatriotisches Russland zu verstärkter Unberechenbarkeit führen und Befürchtungen vor neuen Gefahren aus dem Osten Nahrung geben? Oder wird es im Gegenteil aufgrund seiner wachsenden Selbstsicherheit und seines gestiegenen Selbstbewusstseins von größerer Berechenbarkeit geprägt sein?
- Soll die EU in ihrer Partnerschaft mit Russland autoritäre Modernisierung akzeptieren, solange sich die Wirtschaft erfolgreich entwickelt? Oder soll man an dem Grundsatz festhalten, dass Russland als Partner sein Handeln an europäischen Werten und demokratischen Prinzipien messen lassen muss?
- Kurz: Stehen wir vor einer Wende in den EU-Russland-Beziehungen, droht zwischen ihnen gar ein „Kalter Frieden“, wie Alexander Rahr seinen jüngsten einschlägigen Beitrag überschreibt? Oder sind es gerade Dichte und Mehrdimensionalität der Beziehungen, die Komplikationen zwischen den Partnern hervorrufen?

Kurzes Fazit

So bleibt die Vision einer umfassenden Partnerschaft EU-Russland noch fern: Einer Reihe positiver Ansätze zu gemeinsamen Aktionen stehen tiefgreifende Differenzen gegenüber – nicht zuletzt im Hinblick auf Unterschiede in Interpretation und Reichweite der Partnerschaft. Dennoch: Bei allen Widersprüchen und Ungewissheiten kann es nicht darum gehen, Russland an den Rand zu drängen oder überhaupt zu ignorieren, wie es die USA bisweilen tun. Aufgrund seiner Größe, seiner geographischen Nähe, seines Nutzen- und Schadenpotenzials sowie seiner Rolle als regionaler und globaler Akteur wird Russland als Mitspieler für vielseitige funktionale Zusammenarbeit gebraucht. Die Ernennung des WTO- und EU-Spezialisten Michail Fradkow zum neuen Ministerpräsidenten könnte ein Signal dafür sein, dass Putin an seiner Politik der Eingliederung Russlands in die Weltwirtschaft und der engen Wirtschaftskooperation mit der EU festhält. Vor diesem Hintergrund würde auch eine auf die Wirtschaft begrenzte Teilmodernisierung in Russland eine *Einbeziehung* des Landes in die gesamteuropäischen Kooperationsprozesse erfordern – in Politik, Visaregelung, Wirtschaft, Energie, Ökologie, Äußere Sicherheit. Schwer vorstellbar wäre bei einer Wiederbelebung von Sonderwegen allerdings eine weitergehende *Einbindung* Russlands in die europäischen Integrationsprozesse, eine vertiefte Partnerschaft mit ihren Aspekten „Annäherung im Verständnis von Grundwerten und Prinzipien der Demokratie“, „Kompatibilität der Wirtschaftsordnungen“, „Nähe bis hin zur Übereinstimmung der außen- und sicherheitspolitischen Positionen“.

In dieser Situation sollten die EU-Russland-Beziehungen von Pragmatismus und neuem Realismus geprägt sein, bei der die Partner einander nicht überfordern und die entstandene Lücke zwischen Rhetorik und Realität schließen. Zwar sind die Chancen der EU zur Beeinflussung der Entwicklungen in Russland gering, bis zu einem gewissen Grad aber durchaus vorhanden. Immerhin können politische Öffnung, wirtschaftliche Verklammerung, gesellschaftlicher Austausch zwischen EU und Russland einen „unsichtbaren Wertetransfer“ (Simon) bewirken, der zu größerer Kompatibilität führt und die Kluft in Wahrnehmung und Realität von Werten und demokratischen Grundprinzipien verringert.

Dies setzt freilich voraus, dass die EU *selbst* kohärente Positionen bezieht und sich nicht – wie unter der italienischen Präsidentschaft – durch eigenwillige, Recht und Menschenrechten widersprechende Positionen ihrer höchsten Repräsentanten gerade auch im Verhältnis zu Russland unglaubwürdig machen würde.